Stockholm trauert und trotzt

Eine Minute lang ist es mitten in Stockholm ganz still. Tausende gedenken der vier Opfer.

Im nächsten Jahr wird in Schweden gewählt. Das Thema Sicherheit dürfte im Wahlkampf ganz oben stehen. BILD: SN/AP

STOCKHOLM. Trauer, Ohnmacht, Angst, Wut, aber auch Zusammenhalt prägten die Stimmung am Wochenende in Stockholm. Vier Menschen wurden getötet und 15 teils schwer verletzt, als am vergangenen Freitag ein Lkw in die zentrale Fußgängerzone Drottninggatan und in das Kaufhaus Åhléns fuhr.

André Anwar berichtet für die SN aus Schweden

Tausende versammelten sich am Sonntag auf dem Sergels Torg, einem Platz vor dem Kaufhaus, um der Opfer von Schwedens erstem größeren Terroranschlag zu gedenken. Die Veranstaltung hatte der Stockholmer Damon Rasti, der als Kriegsflüchtling nach Schweden kam, über Facebook arrangiert. Zahlreiche Redner, darunter Einwanderer, Politiker und Prominente, riefen zu Solidarität und Mut auf. Um 14.53 Uhr, der Uhrzeit des Anschlags vom Freitag, war es auf dem Platz komplett still. Viele hielten sich an den Händen und weinten.

Auf den Stufen zum Platz war am Wochenende ein Meer aus bunten Blumen und Kerzen entstanden. Tausende Stockholmer pilgerten zum Ort des Terrors. „Ich bin Köchin in der Nähe in einem Restaurant", sagt die 26-jährige Hanna Olsson. „Wir, die ganze Belegschaft, versteckten uns im Keller, weil wir nach dem Anschlag von Schießereien hörten. Das ist so unfassbar. Dass das hier in Schweden, in meinem Stockholm passiert. Ich hatte riesige Angst, ich habe immer noch Angst. Aber ich musste herkommen. Das ist wohl irgendwie auch Therapie", sagt Olsson. „Schweden hat sich stets so weit ab von allem Bösen angefühlt. Dieses schöne Gefühl ist nun weg."

Mit Tränen in den Augen legte auch Kronprinzessin Victoria vor der Polizeiabsperrung zum Kaufhaus Åhléns einen Strauß roter Rosen ab. Das Reden fiel ihr sichtbar schwer: „Ich fühle große Trauer und Leere. Aber trotzdem ist da auch Stärke, denn die Gesellschaft hat mit enormem Kraft gezeigt, dass wir uns dem hier entgegensetzen. Die schwedische Gesellschaft baut auf enormem Vertrauen, Gemeinsamkeit und Zusammenhalt auf. Das wird uns letztlich gestärkt hier herausführen."

Die Toten sind inzwischen identifiziert. Zwei der Toten stammten den Behörden zufolge aus Schweden, die anderen beiden aus Großbritannien und Belgien. Geschlecht und Alter der Opfer gab die Polizei aus Rücksicht auf die Angehörigen nicht bekannt.

Über den Hauptverdächtigen des Anschlags wurden gestern, Sonntag, weitere Details bekannt. Der mutmaßliche Todesfahrer wurde noch am Freitag dank Fahndungsfotos und aufmerksamer Bürger festgenommen. Es handelt sich um einen 39-jährigen Mann aus Usbekistan, der mit dem „Islamischen Staat" (IS) sympathisiert, bestätigte die Polizei. 2014 hatte er eine Aufenthaltsgenehmigung beantragt, die im Juni 2016 abgelehnt wurde. Offiziell wurde er von der Polizei zwecks Abschiebung gesucht.

Der 39-jährige Mann ist Vater von vier Kindern und lebt seit einigen Jahren in Stockholm. 2015 war er mit vier Landsleuten in einen Fall um gefälschte Rechnungen für einen Putzdienst verwickelt. Der schwedische Geheimdienst Säpo wurde damals eingeschaltet, weil der Verdacht bestand, dass die Einkünfte der Betrügereien an den IS gingen. Das konnte dann aber nicht bewiesen werden.

Der mutmaßliche Täter soll die Tat angeblich bei seiner Ergreifung gestanden haben, meldeten schwedische Medien. In der Nacht zum Sonntag und am Sonntagmorgen wurden zudem sechs weitere Personen im Großraum Stockholm festgenommen. Mindestens eine dieser Personen wird laut Staatsanwaltschaft verdächtigt, in den Terrorakt verwickelt zu sein.

Schwedens um Toleranz bemühte Medien klammerten am Wochenende geschlossen die Frage aus, inwieweit das Klima gegenüber muslimischen Einwanderern durch die Tat verschlechtert wird und die ohnehin schon stimmenstarken Rechtspopulisten davon profitieren werden. Um die Atmosphäre zu entgiften, kamen im Fernsehen häufig Flüchtlinge zu Wort, die die Terrortat verurteilen. „Ich bin vor dem Krieg geflohen und bin so dankbar dafür, dass mich Schweden aufgenommen hat. Es ist furchtbar, dass der IS nun auch hierher gekommen ist. Wir sind doch vor ihm geflohen", sagte ein junger, sichtlich betroffener Syrer, der zum Kaufhaus gekommen war, um der Opfer zu gedenken. Gleichzeitig brodelt der Hass im Internet unter dem Tenor, Schweden habe zu viele Flüchtlinge aufgenommen.

Nächstes Jahr wird in Schweden ein neues Parlament gewählt. Die Themen Kriminalität und Sicherheit dürften im Wahlkampf auf der Agenda weit oben stehen.

O-TON

„Wäre nicht menschlich, keine Angst zu haben"

„Der Mann hätte das Land verlassen müssen, tauchte aber unter. Das frustriert mich. Ein Nein muss eine Abschiebung zur Folge haben. Wir müssen die Möglichkeiten verbessern, das durchzusetzen."
Schwedens Regierungschef Stefan Löfven drängt auf eine konsequentere Abschiebepraxis.

„Doch es gibt mir Hoffnung, dass all diejenigen unter uns, die helfen wollen, viel zahlreicher sind als diejenigen, die uns schaden wollen."
König Carl XVI. Gustaf verurteilte den Anschlag als verachtenswürdig.

„Es wäre nicht menschlich, keine Angst zu haben, aber das Leben muss bald wieder zur Normalität zurückkehren."
Der schwedische Innenminister Anders Ygeman

Der Terror aus Russlands Hinterhof

Erst St. Petersburg, jetzt Stockholm: Beide Male kamen die Hauptverdächtigen aus Zentralasien.

EDDA SCHLAGER

ALMATY. Wie groß ist die neue Terrorgefahr aus Zentralasien? Die Frage drängt sich auf, nach zwei Anschlägen innerhalb einer Woche, an denen offenbar Täter aus Kirgistan und Usbekistan beteiligt waren: Für das Attentat auf die Metro in St. Petersburg soll ein junger ethnischer Usbeke aus Kirgistan verantwortlich sein, für den Anschlag in Stockholm ein 39-jähriger Usbeke aus Samarkand.

Tatsächlich haben sich dem „Islamischen Staat", der Al-Nusra-Front und anderen islamistischen Gruppen in Syrien rund 4000 Kämpfer aus Zentralasien angeschlossen. Zu diesem Schluss kommt eine Studie des Zentrums für Strategische Studien der US-amerikanischen Nationalen Verteidigungsuniversität vom Oktober 2016. Terroristen aus Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan machen demnach mehr als 17 Prozent aller der auf mehr als 20.000 geschätzten ausländischen Kämpfer innerhalb gewalttätiger extremistischer Gruppen in Syrien und im Irak aus.

Die Religion übernimmt die Rolle des Staates

Rund 68 Millionen Menschen leben in der Region zwischen Russland und Afghanistan, der überwiegende Teil sind Muslime. Bis zu zwei Millionen Gastarbeiter, vor allem aus Kirgistan, Tadschikistan und Usbekistan, leben dauerhaft in Russland. Allein im Jahr 2016 haben sie rund sechs Milliarden US-Dollar in die Heimat geschickt. Für die drei Länder, die zu den ärmsten innerhalb der GUS (Gemeinschaft Unabhängiger Staaten) gehören, sind die Arbeitsmigranten einer der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren. Allein in Tadschikistan machten die Rücküberweisungen damit vergangenes Jahr rund ein Viertel des Bruttoinlandsprodukts aus. Die Angst der Regierungen Zentralasiens ist groß, dass Russland die Grenzen für Arbeitsmigranten nun schließen könnte.

Dieses Geld sei „unter schwierigsten Bedingungen erarbeitet", so Yan Matusevich vom Internationalen Zentrum zur Entwicklung von Migrationspolitik in Wien. „Vieles weist darauf hin, dass die Frustration über die Unterdrückung durch Arbeitgeber, der tägliche Rassismus und die Angst vor Polizeigewalt zu Islamismus führen." Noch sei nicht sicher, wo die Radikalisierung stattfinde, so Matusevich, ob in Moscheen in Russland, über das Internet oder über islamistische Anwerber in den Heimatländern.

In Zentralasien sind extremistische Gruppen wie der „Islamische Staat" oder die Taliban zwar verboten. Doch dem „Milliarden US-Dollar schweren Einfluss aus dem Nahen Osten", wie es der kirgisische Politaktivist Edil Baisalov formuliert, habe sein politisch und wirtschaftlich schwaches Heimatland schlicht nichts entgegenzusetzen. Saudi-Arabien habe seit der Unabhängigkeit mehr als 3000 Moscheen und Schulen in Kirgistan gebaut. Diese übernähmen für viele Menschen die soziale Fürsorge. „An die Stelle des Staates ist die Religion getreten", so Baisalov. Zum wirtschaftlichen Druck in der Heimat komme häufig auch politischer, so der usbekische, im französischen Exil lebende Politologe Kamuliddin Rabbimov. „Der Vorwurf religiösen Extremismus ist in autoritären Regimen wie Usbekistan ein Mittel, um Regimegegner auszuschalten." Rund 15.000 politische Gefangene säßen dafür allein in Usbekistan in Haft. Laut Noah Tucker von der George-Washington-Universität wird so der Glaube politisiert. „Menschen verlassen das Land, weil sie ihren Glauben ausüben wollen." Die Verheißung, dies ausgerechnet in Syrien tun zu können, kann da verlockend sein. SN, n-ost